

/// Eine politische Querschnittsaufgabe

MIGRATION IN BAYERN

MARKUS GRUBER /// Bürgerkrieg, politische Unterdrückung und Hoffnungslosigkeit – dies sind Gründe, warum Menschen weltweit fliehen und die Gefahren der Flucht auf sich nehmen. Sie suchen Schutz und immer mehr Asylbewerber, Erwachsene wie Kinder und Jugendliche, kommen nach Deutschland. Dieser Themenbereich berührt auch die Menschen in Deutschland und Bayern und die Anteilnahme ist konkret sichtbar, sei es in Form von Geld- oder Sachspenden oder ehrenamtlichem Engagement.

Einführung

Krieg, Flucht, Vertreibung und die Suche nach Sicherheit und neuer Heimat ist ein „Menschheitsthema“. Migration erfolgt hier als Suche nach Aufenthalt in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter humanitären Aspekten. Menschen fliehen vor bedrückenden Situationen in ihren Herkunftsländern und suchen Schutz bei uns. Sie brauchen Unterkunft, Verpflegung, medizi-

nische Betreuung, soziale Beratung sowie schulische und / oder berufliche Bildung. Spätestens dann, wenn sie auf Dauer in Bayern und Deutschland bleiben, geht es auch um Arbeitsmöglichkeiten und letztlich um alle politischen Teilbereiche wie für alle Menschen in unserem Land. Wir haben es also von Anfang an mit einer politischen Querschnittsaufgabe zu tun, die die verschiedensten „Politikbereiche“ berührt: Es geht um klassische Innen- und Asylsozialpolitik, es geht aber auch um Integrations-, Bildungs-, Sozial- und Arbeitspolitik, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir haben es darüber hinaus auch mit einer Querschnittsaufgabe auf den verschiedensten politischen Ebenen zu tun, nämlich der kommunalen, der Län-

Das Thema Migration betrifft die **VERSCHIEDENSTEN** Aufgabenbereiche.



Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber

18,20
43

← 300m Häuser 39,40,45,58
Notaufnahme Haus 36
Zufahrt über Heidemannstraße 60

Quelle: berg Koch/Getty Images

Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist in Deutschland Ländersache. Der Freistaat Bayern unterstützt dabei seine Kommunen im Asylbereich finanziell weit stärker als viele andere Länder.

derebene, der des Bundes und der EU. Die Voraussetzungen für einen Verbleib sind auf den verschiedenen Ebenen rechtlich geregelt.

Kommunale Ebene

Die erste und unmittelbare politische Herausforderung besteht auf der kommunalen Ebene. Hier wird „gelebt“, hier werden zuallererst Probleme sichtbar, Herausforderungen deutlich und Erwartungen an politisches Handeln formuliert. Die Kommunen in Bayern sind bereits jetzt in hohem Maß gefordert und stellen sich in ganz Bayern mit großem Engagement ihrer Verpflichtung. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Phase nach der Erstaufnahme von Asylbewerbern. Dabei geht es bis zum Abschluss des Asylverfahrens vor allem um Unterkunft und Versorgung, medizinische und schulische Betreuung oder auch Betreuung im Rah-

men der Jugendhilfe. Für die Menschen, die länger oder auf Dauer in Deutschland bleiben, geht es dann auch darum, die richtigen Voraussetzungen für die weitere Integration zu schaffen.

Länderebene

Die Länder sind in Deutschland federführend verantwortlich für die Organisation der Aufnahme und Betreuung von Asylbewerbern. So organisieren sie beispielsweise den gesamten Bereich der so genannten Erstaufnahme. Erstaufnahme bedeutet eine erste medizinische Untersuchung von Asylsuchenden, die Registrierung ihrer persönlichen Daten und die Stellung eines Asylantrags beim dafür zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Länder organisieren darüber hinaus die rechtlichen wie tatsächlichen Rahmenbedingungen für die Unterbringung und Ver-

sorgung über die Phase der Erstaufnahme hinaus. In Bayern findet gerade hier eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen statt. Dies gilt für organisatorische Fragen, aber auch in finanzieller Hinsicht. Der Freistaat Bayern unter-

und der Herkunftssituation zahlreicher Länder und Regionen ist hier Europa als Ganzes, also alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, gefordert. Deshalb ist diese Herausforderung auch auf möglichst alle Schultern zu verteilen und so sollten alle EU-Mitgliedstaaten Asylsuchende aufnehmen.

Nach dem so genannten Dublin-Verfahren ist in der EU der Mitgliedstaat, in dem ein Flüchtling erstmals europäischen Boden betritt, für das Asylverfahren verantwortlich. Das bestehende Sys-

Die Organisation von Aufnahme und Betreuung der Asylbewerber liegt in Deutschland auf **LÄNDEREBENE**.

stützt seine Kommunen im Asylbereich finanziell weit stärker als dies viele andere Länder tun. Er erstattet z. B. den Kommunen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden alle entstehenden Kosten. In anderen Bundesländern erhalten die Kommunen nur Pauschalen, die überwiegend als zu niedrig angesehen werden.

Bundesebene

Bislang liegen die Aufgaben der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden in Deutschland vor allem bei den Ländern und Kommunen. Dies kann so aber nicht bleiben. Wir haben es auch mit einer Herausforderung und Verantwortung der Nationalstaaten und der Europäischen Union als Ganzes zu tun. Für Deutschland heißt dies: Auch der Bund ist gefordert, sich finanziell stärker einzubringen. Die Ergebnisse der aktuellen Verhandlungen von Bund und Ländern zeigen, dass die Bundesebene diese Verantwortung auch angenommen hat.

Gesamteuropäische Aufgabe

Migration und Asyl sind aber auch eine gesamteuropäische Herausforderung. Angesichts der Zahl der Asylsuchenden

tem nach dem Dublin-Prinzip funktioniert aber nicht mehr, weil sich einige EU-Mitgliedstaaten nicht an die europaweit verbindlichen Regeln halten. Solche Regelverstöße sind nicht akzeptabel. Alle Mitgliedstaaten der EU müssen ihre Verantwortung übernehmen und geltendes Recht konsequent anwenden. Nur mit einem einheitlichen und koordinierten Vorgehen im Asylbereich können wir die Herausforderung bewältigen. Dazu brauchen wir auch eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen in Europa.

Weiter muss die EU sich viel stärker als bisher für eine Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern einsetzen. Sie muss zielgerichtet bei den Fluchtursachen ansetzen. Dazu müssen auch die Prioritäten der Außen-

Migration und Asyl sind nur im GESAMTEUROPÄISCHEN Zusammenspiel zu bewältigen.

und Entwicklungshilfepolitik der EU weiter entwickelt werden. So schwierig es auch sein mag, es muss gelingen, mehr als noch bisher zu einer Stabilisierung und guten Entwicklung in anderen Teilen der Welt beizutragen. Situationen, wie wir sie derzeit im Irak und in Syrien erleben, müssen verhindert werden. Ein europäischer oder gar nationaler Einfluss wird hier nur sehr beschränkt möglich sein, die vorhandenen Möglichkeiten müssen jedoch mit Weitblick und Ausdauer genutzt werden.

Ausblick

Wir erleben in unserem Land ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft, Engagement und Solidarität. Die Menschen haben aber auch Sorgen und Fragen. Von den jetzt bereits angekommenen Asylsuchenden werden viele lange Zeit bleiben. Wie verändert sich dadurch unser Land? Die Krisengebiete in der Welt werden mehr, die Krisensituationen dauern immer länger. Wohin soll das führen? Was wird getan, wenn in den nächsten Jahren immer mehr Menschen nach Europa wollen? Nicht Wenige haben beide „Pole“ in sich. Einerseits sind sie hilfsbereit und engagieren sich, andererseits haben sie aber auch Bedenken und Ängste. Was bedeutet das für unser politisches und staatliches Handeln?

Der Anspruch auf Asyl muss gewährleistet sein, die Umsetzung aber auch VERANTWORTLICH gehandhabt werden.

An erster Stelle stehen die klaren verfassungsrechtlichen Vorgaben, allen voran der Grundsatz der Menschenwürde.

Dies heißt sehr knapp gesagt: Alle Menschen, aus welchen Gründen auch immer sie nach Deutschland kommen, haben Anspruch auf Schutz und Versorgung. Allen Versuchen, diesen klaren Anforderungen zu wider zu handeln, muss mit Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Über diesen Bereich hinaus müssen wir die Sorgen und Fragen der Bevölkerung wahrnehmen. Die Aufnahme der Asylsuchenden, die nach Deutschland kommen, und die Integration derer, die dauerhaft bleiben, können nur gelingen, wenn eine große Mehrheit der Menschen in unserem Land diese Aufgaben auch als die ihren sieht. Dies funktioniert nur, wenn die Sorgen und Befürchtungen der Menschen ernst genommen werden. Das bedeutet, sich der Herausforderung von Überzeugungs- und Argumentationsarbeit zu stellen. Der Unterschied zu rein populistischen Gruppierungen zeigt sich darin, dass verantwortliche Politik, verantwortliches staatliches Handeln Sorgen ernst nimmt, aber darauf keine unzulässig vereinfachenden Antworten gibt. Auch unangenehme Realitäten und komplexe Situationen müssen in ihrer Gesamtheit beachtet werden.

Entscheidend bei dieser großen Herausforderung für Europa, Deutschland und Bayern wird es sein, die Balance zu halten. Wir müssen deutlich machen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, Anspruch auf Schutz und Versorgung haben. Wir müssen aber auch durch konsequentes Handeln zeigen, dass dauerhaft nur die bleiben können, denen unser geltendes Recht diese Möglichkeit einräumt. Und die Situation in den Herkunftsländern muss noch viel stärker in den Blick genommen werden als bisher.

Bei der Überzeugungs- und Argumentationsarbeit sind nicht nur Politik und Staat gefordert, sondern hier liegt auch eine große Verantwortung bei allen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. ///



/// DR. MARKUS GRUBER

ist Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Schaltstelle für Asyl, Integration und Zuwanderung, München.